

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

- Stadtrat -

Antrag Nr.: A0022/19

Datum: 9. März 2020

BESCHLUSSEMPFEHLUNG - federführend

des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)
(AV/IT/008/2020)

über:

Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beschließt:

1. Die Landeshauptstadt Dresden ~~erkennt~~ **bekannt sich zu den Zielen**, die **sich** aus dem „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (kurz Istanbul-Konvention) ~~erwachsenen Verpflichtungen an~~, Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen, **ergeben**.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **anknüpfend an das Modellprojekt „Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Sachsen“** bis zum 28. Februar ~~2020~~ **2021** ein Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden vorzulegen und dafür die Akteur_innen des Hilfesystems in geeigneter Weise einzubinden. Dabei ist auch der Schutzbedarf für männliche Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt zu prüfen und in das vorzulegende Konzept zu integrieren.
3. **Mit Blick auf die Haushaltsaufstellung für 2021/22 wird der Oberbürgermeister beauftragt, zusammen mit dem lokalen Partner-Netzwerk konzeptionelle Grundüberlegungen zu erörtern, und entsprechende Mittel in den Doppelhaushalt 2021/22 einzuplanen u.a. für: Dazu ist dem Stadtrat eine Beschlussvorlage einschließlich Kostendeckungsvorschlag zur Entscheidung vorzulegen:**

Erläuterung:

1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textteile
2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben

...

- ~~a)~~ 3. Oberbürgermeister wird beauftragt, Opfer von Gewalt im Sinne der Istanbul-Konvention, insbesondere Frauen und Kinder, angemessen zu schützen und dafür die vorhandenen **den Ausbau der** Kapazitäten in den Schutzeinrichtungen sowie den Beratungsstellen **für Opfer von Gewalt** entsprechend der Empfehlungen der Istanbul-Konvention **auszubauen**.
- ~~b)~~ 4. Um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Schutzstrukturen zu ermöglichen, ist der **den** barrierefreien Um- und ggf. Neubau der Frauen- und Kinderschutzeinrichtung, **um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Schutzstrukturen zu ermöglichen** anzustreben. Die für diesen Zweck durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) aufgesetzte Invest-Förderrichtlinie „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ wird durch die Bereitstellung kommunaler Kofinanzierung aktiviert.
- ~~c)~~ 5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Landeshauptstadt Dresden eine **die kommunale Kofinanzierung einer** „Clearingstelle“ für Opfer häuslicher Gewalt **als Ergebnis des Modellprojektes „Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Sachsen“** einzurichten und hierfür mit dem Freistaat Sachsen in Verhandlungen zu treten, um die Möglichkeiten einer Landesförderung zu eruieren.

4. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hierfür mit dem Freistaat in Verhandlungen zu treten, um die Möglichkeiten einer Verbesserung der Landesförderung und der bedarfsge-rechten Weiterentwicklung dieses Schutz- und Hilfesystems zu eruieren.**

Abstimmung: Zustimmung mit Änderung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 4

Dr. Peter Lames
Vorsitzender

Erläuterung:

1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textteile
2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben